



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**
NEW YORK OFFICE

DONALD TRUMP UND DER AUFSTIEG DER NATIONALISTISCHEN RECHTEN

Beiträge von Connor Kilpatrick, Lester K. Spence,
Liza Featherstone und Ethan Young

Inhaltsverzeichnis

Donald Trump und der Aufstieg der nationalistischen Rechten

| | |
|---|----|
| Wie Trump die US-Präsidentschaftswahl gewann | 1 |
| Von den Herausgebern | |
| Über die weiße Arbeiterschaft | 2 |
| Von Connor Kilpatrick | |
| Der Rassismus-Faktor | 6 |
| Von Lester K. Spence | |
| Über Frauenfeindlichkeit und Elitefeminismus | 10 |
| Von Liza Featherstone | |
| Die heimliche Identität der Linken | 14 |
| Von Ethan Young | |

Veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, Dezember 2016

Herausgeber: Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg

Adresse: 275 Madison Avenue, Suite 2114, New York, NY 10016

E-Mail: info@rosalux-nyc.org; **Telefon:** +1 (917) 409-1040

Gefördert mit Mitteln des Auswärtigen Amts

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, progressive Non-Profit-Organisation für politische Bildung. In Zusammenarbeit mit vielen Organisationen rund um den Globus arbeitet sie für demokratische und soziale Partizipation, die Ermächtigung von benachteiligten Gruppen, Alternativen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und für friedliche Konfliktlösungen.

Das New Yorker Büro erfüllt zwei Hauptaufgaben: sich mit Themen der Vereinten Nationen zu befassen und mit nordamerikanischen Linken in Hochschulen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Politik zusammenzuarbeiten.

Wie Trump die US-Präsidentschaftswahl gewann

Wir werden gerade Zeugen eines Gezeitenwechsels, aber leider durchaus keiner Wende zum Besseren. Überall in der westlichen Welt hält der Aufschwung des rechten, nationalistischen Populismus an, und mit Donald Trumps Wahlsieg hat er einen neuen Höhepunkt erreicht. Ob in Kleinstädten oder Kapitalen – in ganz Europa sind Rechtsaußen-Bewegungen während der letzten Jahre stärker geworden. Im Vereinigten Königreich waren rechtsgerichtete Nationalisten die treibende Kraft hinter dem Brexit. In anderen Ländern beteiligt die radikale Rechte sich an der Regierung oder hat diese sogar übernommen. Zu den Kündnern ihrer Botschaft zählen mittlerweile von der Türkei über Ungarn und Polen bis Russland Staatsoberhäupter. Mit der Wahl Trumps wird selbst der „Führer der freien Welt“ der autoritären Rechten angehören.

Während die nationalistische Rechte lange zerstritten und zerstreut war, sind diese Kräfte heute viel besser als allgemein bekannt miteinander vernetzt. Schon streckt Stephen Bannons „Breitbart News“ ihre Fühler zu Marine Le Pen vom französischen „Front National“ und zu der rechtslastigen „Alternative für Deutschland“ aus. Was sie verbindet, ist ein breites Spektrum gemeinsamer Werte und Ziele: Gegnerschaft gegen Einwanderer, gegen Schwarze, Muslime, Gender-Politik und andere Aversionen verschlingen sich zu einem ideologischen Flechtwerk des weißen Nationalismus, traditionell bekannt als *white supremacy* oder Mythos von der rassistischen Überlegenheit der Weißen.

In diesem Zusammenhang erscheint es als bittere Ironie, dass Donald Trump – der ja die Mehrheit der Stimmen verfehlte, und das nicht einmal knapp – nur aufgrund der absonderlichen Arithmetik des Wahlmänner-Kollegiums gewinnen konnte. Das aber heißt, seinen Sieg verdankt er letztlich einem Relikt aus den Zeiten der Sklaverei.

Mit einem Donald Trump im Weißen Haus kann der Ernst der Gefahr von Rechtsaußen kaum noch überschätzt werden. In den USA stehen jetzt existenziell wichtige Errungenschaften auf dem Spiel: arbeitsrechtliche Sicherungen und Bürgerrechte, die Rechte von Frauen und LGBTs, Klimagerechtigkeit und soziale Bewegungen. International und global wird die Entscheidung für einen Präsidenten, der einen explizit rassistischen und muslimfeindlichen Wahlkampf als „starker Mann“ geführt hat, vorhandene Spannungen verschärfen und die Wahrscheinlichkeit weiterer Feindseligkeiten erhöhen.

Wir präsentieren hiermit vier Analysen der Hauptgründe, warum Trump diese Wahl gewann. Natürlich gibt es weitere Gründe. So wird hier beispielsweise nicht näher untersucht, wie untauglich Hillary Clinton als Kandidatin war und wie schlecht ihr Wahlkampf geführt wurde. Auch würden wir nicht ohne weiteres einem der Gründe mehr Gewicht beimessen als allen anderen. Alles in allem handelt es sich eher um eine Art Patchwork mit mancherlei Überlappungen, das einen ersten Überblick zur Beantwortung der Frage bietet, wie es zu dieser nationalen (und weltweit ausstrahlenden) Katastrophe kommen konnte. Wir konzentrieren uns dabei auf die Vernachlässigung der weißen Arbeiterschaft durch die Demokratische Partei; den fortdauernden Rassismus; auf Frauenfeindlichkeit und Elitefeminismus sowie die Schwächen und Versäumnisse der Linken.

Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg
Leiter des Büros New York, Dezember 2016

Über die weiße Arbeiterschaft

Von Connor Kilpatrick

Auch wenn es in einem Land schwer zu glauben sein mag, in dem ein Donald Trump gerade Präsident geworden ist: Menschen treffen rationale politische Entscheidungen. Meistens jedenfalls.

Bei diesen Wahlen ist allerdings Seltsames passiert. Hillary Clinton schnitt unter Wählern mit über 200 000 Dollar Jahreseinkommen fast genau so gut ab wie Trump – eine verdächtig hohe Anzahl wohlhabender Leute aus der oberen Mittelschicht stimmte da für die Demokraten. Und obwohl Clinton unter Wählern mit unter 50 000 Dollar Jahreseinkommen immer noch auf eine knappe Mehrheit kam, schlug sie sich doch nirgendwo auch nur annähernd so gut wie Obama, für den noch 2012 sechzig Prozent dieser Einkommensgruppe stimmten.

Zu unser aller Unglück lagen die Regionen, in denen diese demographischen Verluste kulminierten, ausgerechnet im *Rust Belt*, also in den Staaten des Rostgürtels, wo die Demokraten unbedingt gewinnen müssen. Dort im Upper Midwest zeigte sich, dass die Obama-Wähler aus der weißen Arbeiterschaft – deren entscheidende Rolle im Spektrum seiner Koalition die Experten weitgehend ignoriert hatten – die Demokraten jetzt großenteils satt hatten und zu Trump überliefen.

Zwar hören wir ständig, weiße Arbeiter ohne Hochschulabschluss stünden demographisch auf dem Aussterbeetat, doch in Wahrheit machen sie immer noch mindestens 63 Prozent der Arbeiterklasse aus, und auch in zwanzig Jahren werden es noch „bloße“ 49,5 Prozent sein. Das ist ein enormes Wählerreservoir – das an Obamas Elektorat einen Anteil von 34 Prozent hatte –, und doch nahmen offenbar nur wenige linksliberale Experten dies zur Kenntnis.

Ganz im Gegenteil schäumten manche dieser Leute vor Wut, als nach Clintons Niederlage Forderungen laut wurden, die Demokratische Partei müsse mehr dafür tun, bei diesem so zahlreichen Teil der amerikanischen Bevölkerung Anklang zu finden. In einer aufschlussreichen Diskussionsrunde hörte ich einen renommierten politischen Kommentator sagen, eine solche Strategie sei lächerlich, weil die einzige Möglichkeit, diese ärmeren Weißen zurückzugewinnen, darin bestünde, dass die Demokratische Partei explizit oder implizit verspreche, wieder wie einst in der Ära der Dixiekraten die weiße Vorherrschaft – die berüchtigte *White Supremacy* – zu verteidigen.

Doch das stimmt überhaupt nicht.

Nehmen wir beispielsweise McDowell County in West Virginia. Der „Guardian“ nahm diesen Landkreis aufs Korn, weil Trump dort 91,5 Prozent der republikanischen Vorwahlstimmen geholt hatte. Nicht erwähnt wurde natürlich die Tatsache, dass die Demokratische Partei ihrerseits dort dreimal mehr Vorwähler angezogen hatte und dass dabei fast doppelt so viele Leute für Sanders stimmten wie für Trump. Nun gut – zum Zeitpunkt der Republikaner-Primary war das Rennen in der Grand Old Party de facto entschieden. Es stimmt schon: Im November votierte McDowell County dann tatsächlich für Trump, genauso wie es sich 2012 für Romney entschieden hatte. Doch diesmal beteiligten sich dort lediglich 38 Prozent der registrierten Wähler, während es landesweit 58 Prozent waren.

Im Jahr 2008 aber hatte Barack Obama McDowell mühelos gewonnen – mit 53 Prozent der abgegebenen Stimmen! Neueren Untersuchungen zufolge konnte Obama 2008 im gan-

zen Lande viel mehr weiße Arbeiterwähler gewinnen als gemeinhin angenommen. Dem „Guardian“ erzählte ein älterer Ex-Grubenarbeiter: „Zweimal habe ich diesen schwarzen Kerl gewählt.“ Doch jetzt hat der Mann sich für Trump entschieden.

Welche Erklärung findet ein linksliberaler Profi für sowas? Wenn diese Wähler derart hartnäckige Rassisten sind, dass ihnen White Supremacy allezeit mehr wert ist als die eigene Brieftasche, warum haben sie dann zunächst auf Obama gesetzt? Dachten sie, als sie zweimal für ihn stimmten, der Mann wäre gar nicht wirklich schwarz?

Vielleicht verhält es sich aber auch so, dass Obama und seine Partei nach der schlimmsten Finanzkrise seit der Großen Depression ganz einfach versäumt haben, die Lebensverhältnisse der Wähler im McDowell County nachhaltig zu verbessern. Mag sein, dass diese McDowell-Wähler sich fragen, wieso die reichsten Amerikaner sich so schnell vom Crash erholen konnten, während es ihnen, ihren Familien und Nachbarn schlechter denn je geht.

Obama hatte den Leuten in West Virginia immerhin zu erweiterten Medicaid-Leistungen verholfen. Clinton dagegen führte mit der Verheißung Wahlkampf, dass „wir eine Menge Kohlekumpel und Kohlefirmen aus dem Markt nehmen“ werden. Zwar sagte sie auch, sie wolle Maßnahmen zur Linderung der damit verbundenen Einkommensverluste ergreifen, doch Bill Clinton hatte einst auf ähnliche Weise versprochen, er werde Arbeitsplatzverluste infolge des NAFTA-Freihandelsabkommens kompensieren. Dass daraus nichts wurde, konnte niemanden überraschen. Die Skepsis der Leute ist also wohlverdient, würde ich sagen.

Alldieweil Hillary großspurig als die „bestqualifizierte“ Kandidatin auftrat, eroberte Trump den „Rostgürtel“. Er bediente nicht etwa nur rassistische Vorurteile, sondern bot gleichzeitig einen regelrechten New Deal von Rechts, in-

dem er ein massives Infrastrukturprogramm zum Wiederaufbau des Landes ankündigte und versprach, Amerika „great again“ zu machen. Zwar war Hillarys Gesetzgebungsprogramm wesentlich fortschrittlicher als Trumps (und sogar Obamas), aber sie bezog sich im Wahlkampf kaum darauf. Ihre Antwort auf Trump lautete vielmehr „Amerika ist großartig“, auch wenn die meisten Geringverdiener unter Obamas Wählern fanden, dass ihre Lebensumstände sich unter seiner Regierungsführung kaum verbessert hatten. Clinton schoss sich vielmehr auf Trumps beleidigende und empörende Entgleisungen ein und betonte im Übrigen, die *wirklichen* Milliardäre stünden hinter ihr. Im Ergebnis scheint all dies nur den Eindruck verstärkt zu haben, dass Trump *tatsächlich* der große Außenseiter sei, der *game-changer*.

Während Obama 2008 demonstrativ in diese Rolle geschlüpft war, überließ Clinton den Partkampflos Trump. Ganz ähnlich wie einst FDR – der Roosevelt des New Deal – als jemand galt, der „seine Klasse verraten“ habe, schreckte nun Trump keineswegs davor zurück, diesen Eindruck zu erwecken. Das linksliberale Milieu stand dermaßen im Bann seines grotesken, widerwärtigen Rassismus, dass es diese Kehrseite seiner Politik völlig verkannte. Afroamerikanische und Latino-Arbeiter konnten es sich kaum leisten, über Trumps Rassismus hinwegzusehen und lieber seinen Sirengesängen gegen den „Freihandel“ zu lauschen, weißen Arbeitern hingegen bot sich diese Option.

Unglücklicherweise ging Trumps Rechnung auf. Er kann 2017 als der Anführer einer Republikanischen Partei auftreten, die auf allen Ebenen des Staatsapparats mehr Macht haben wird, als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt seit mindestens einem Jahrhundert. Sie verdankt dies nicht allein den reaktionären, relativ gut betuchten weißen Wählern, die sich seit je stets an die Republikaner gehalten haben, sondern auch den deklassierten Arbeitern im „Rostgürtel“, die Obamas Koalition verließen

und Trump zum Sieg verhalfen, indem sie zu Hause blieben oder sogar für ihn stimmten.

Das heißt aber nicht, dass man sie abschreiben kann. Was das Wesen der weißen Arbeiterklasse betrifft, stimme ich mit Bayard Rustin, einem führenden Bürgerrechtler, überein: Diese Leute sind weder per se konservativ noch liberal/links. Welcher Seite sie zuneigen, hängt von Politik und Organisationsarbeit ab – und ist weder schicksalhaft, noch zwangsläufige Folge davon, dass sie weiß sind.

Rassismus kann bekämpft, besiegt oder durch Klassenpolitik im Interesse der Lohnabhängigen entkräftet werden. Er kann aber auch die Bühne beherrschen. So war West Virginia in den 1920er Jahren ein Bollwerk der Reaktion – der Ku Klux Klan und die Kohlekonzerne hatten sich dieses Bundestaates bemächtigt. Doch von den 1930er Jahren an und bis in die 1970er hinein erlebte das gleiche West Virginia einen gewaltigen Aufschwung der Klassenkämpfe und gewerkschaftlicher Organisation sowie der Wählerstimmen-Ausbeute der Demokraten. 1968 warf Hubert Humphrey als ein Kandidat der Demokraten, der durch seinen Einsatz für Bürgerrechte und Sozialstaat gleichermaßen berühmt wurde, den Republikaner Richard Nixon und den Unabhängigen George Wallace souverän mit 49,6 Prozent Stimmenanteil aus dem Rennen.

Die Demokratische Partei unserer Tage kann immer noch auf Millionen – meist „schwarzer und brauner“ – Wählerinnen und Wähler aus der amerikanischen Arbeiterklasse zählen. Nichtsdestotrotz ist es ein offenes Geheimnis, dass in dieser Partei programmatisch die wohlhabende Mittelschicht – bestenfalls – und im schlimmsten Falle aufgeklärte Milliardäre aus dem Silicon Valley den Ton angeben. Obama selbst hat durchblicken lassen, dass er sich nach seiner Präsidentschaft auf Risikokapital-Aktivitäten verlegen könnte. Dank WikiLeaks wissen wir heute, dass sowohl Apple-CEO Tim Cook

als auch Bill Gates – der Milliardär, der sich an die Spitze der Bewegung zur Zerstörung des öffentlichen Bildungswesens setzte – es in die engere Wahl der Clinton'schen Vizepräsidentschaftskandidaten geschafft hatten. So sieht die Partei aus, der weiße Arbeiter angeblich aus bloß rassistischen Gründen den Rücken gekehrt haben – die Partei der Bürgerrechte, der Gewerkschaften und von Medicare ist es jedenfalls nicht.

Im Übrigen waren es ja nicht nur die *weißen* Arbeiter, die Clinton abblitzen ließen. In den betreffenden Staaten des Mittleren Westens ging auch die Wahlbeteiligung der schwarzen Arbeiter trotz der offen rassistischen Töne des Kandidaten Trump drastisch zurück. Und bei Latinos schnitt Trump, obwohl er sie als „Vergewaltiger“ beschimpft und den Bau einer Mauer entlang der US-Südgrenze zu seinem Wahlkampfknüller gemacht hatte, besser ab, als es Romney jemals gelungen war. Im wohlhabendsten unter den US-Counties mit afro-amerikanischer Bevölkerungsmehrheit – dem Prince George's County in Maryland – blieb die Wahlbeteiligung allerdings hoch.

Die bisherige Version linksliberaler Politik mag noch beunruhigte Bürger in genügender Zahl an die Urnen bringen, um ein paar Wahlen zu gewinnen, aber sie erweist sich als durch und durch unfähig, nicht bloß zu regieren, sondern die amerikanische Gesellschaft zum Besseren zu verändern. Die beiden wichtigsten und folgenreichsten Bürgerrechtsinitiativen des 20. Jahrhunderts gingen schließlich von zwei Präsidenten aus, die die Stimmen der weißen Arbeiter gewinnen konnten – von Harry Truman und von Lyndon B. Johnson. Und es waren Walter Reuthers *United Auto Workers* – nicht etwa „aufgeschlossene“ Konzernchefs –, die Martin Luther King und die Bürgerrechtsbewegung finanziell unterstützten.

Die landesweite Marginalisierung der Demokratischen Partei erfolgt in einer Zeit, in der

es in großen Teilen der USA so schwer geworden ist wie seit Jahrzehnten nicht mehr, sich gewerkschaftlich zu organisieren, oder auch, Zugang zu Abtreibungsmöglichkeiten zu finden. Obwohl die wahlpolitische Koalition der Demokratischen Partei sich der „rassistischen“ weißen Arbeiterschaft weitgehend entledigt hat, ist die Schwarz-Weiß-Kluft in Entlohnungsfragen heute tiefer als 1979.

Wie aus dieser Situation herauszukommen wäre, demonstriert die von Sanders verfochtene Politik. Dessen feurige, populistische Klassenpolitik hat bei genau den schlechter gestellter Menschen Anklang gefunden, die die Demokraten heute kaum noch bewegen können, wählen zu gehen, oder die – wie es viel zu vielen bei dieser Wahl geschah – den Republikanern in die Fänge geraten. Das ganze Jahr hindurch kam so gut wie jede Vorwahlumfrage zu dem Ergebnis, dass Sanders Trump deutlich weiter hinter sich gelassen hätte als Clinton, hauptsächlich dank der sogenannten unabhängigen Wähler – von Leuten also, die keiner der beiden großen Parteien (mehr) trauen. Selbst jetzt, nach der Wahl, ist Sanders der populärste Politiker der Vereinigten Staaten. Allein die Parteiliten der Demokraten vermögen in ihm lediglich den Verfechter einer vulgären „class-only“-Politik zu sehen.

Aber gerade seine angeblich ausschließlich auf Klassenfragen fixierte Politik legitimierte Sanders dazu, andere Kernfragen anzusprechen, ohne seine Koalition zu sprengen. Für die Bekämpfung des Klimawandels setzte er sich in seinem Wahlkampf weitaus energischer ein als Clinton und dennoch gewann er West Virginia – im Herzen des Kohlereviere – klar. Wie das? Weil seine glühend klassenkämpferische Position keinen Zweifel daran ließ, dass er nicht glaubt, der gesellschaftliche Fortschritt müsse oder dürfe den arbeitenden Menschen immer weitere Opfer abverlangen – selbst wenn es sich um die Bewältigung des Klimawandels handelt. Genau hier zeigt sich, wie paradox die

Position der Demokratischen Partei ist, ihren rhetorischen Einsatz für gesellschaftliche Liberalisierung zu verschärfen und gleichzeitig linkspopulistische Klassenpolitik hartnäckig zurückzuweisen: In Wahrheit konnte die Partei erstere viel erfolgreicher vorantreiben, als sie zu letzterer noch bereit und fähig war.

Zu glauben, die wahlabstinente weiße Arbeiterklasse lasse sich nur unter der Bedingung wieder an die Urnen bringen, dass man davon ablasse, sich für Geschlechtergleichheit und Antirassismus einzusetzen, ist eben genau dies – schlicht eine Frage des Glaubens. Sanders konnte sich die Unterstützung weißer Arbeiterwähler in Bundesstaaten wie Indiana, Wisconsin, West Virginia und Michigan gleichermaßen sichern (alles Staaten, die Clinton dann an Trump verlor), ungeachtet der Tatsache, dass er wiederholt für *Black Lives Matter* und den Kampf gegen rassistische Diskriminierung Partei nahm. Und auch wenn Sanders die Mehrheit der schwarzen Stimmen bei den Vorwahlen verfehlte, so konnte er doch die der jungen *millennials* aus dieser Wählergruppe für sich gewinnen – also jene Menschen, die den Prioritäten von *Black Lives Matter* am nächsten stehen. Bei Bernie gab es zu keiner Zeit irgendeinen rassenhetzerischen „Sister Souljah“-Moment.²

Jetzt ist die Aufregung über das „unvernünftige“ Wahlverhalten weißer Arbeiter groß. Ich kann nicht behaupten, dass ich überrascht bin. Viele geben ihre Stimme immer noch den heutigen Demokraten – de facto einer Partei der wohlhabenden Mittelschicht –, ohne sich viel davon zu versprechen. Einige fallen, weil keine Gewerkschaft und keine politische Organisation ihnen Halt gibt, auf reaktionäre Vorurteile zurück und setzen dann unerfreulicherweise auf Leute wie Trump.

² Dieser Begriff bezieht sich auf Bill Clintons Kritik an der gleichnamigen Rapperin im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 1992. (Er ist inzwischen sprichwörtlich geworden und steht allgemein für die öffentliche Distanzierung eines Politikers von einer Person, die sich im weiteren Sinne in seinem Umfeld befindet.) – D. Red.

Die meisten bleiben allerdings am Wahntag verständlicherweise zu Hause. Solange wir an dieser Tatsache nicht rütteln, wird es in den Vereinigten Staaten weiterhin keine soziale Gerechtigkeit geben – und zwar für niemanden,

der gezwungen ist, für seinen Lebensunterhalt arbeiten zu gehen.

Connor Kilpatrick ist Mitherausgeber und Autor der Zeitschrift „Jacobin“.

Der Rassismus-Faktor

Von Lester K. Spence

Politische Berühmtheit erlangte der Mann, der gerade zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde, einst schlagartig mit der Behauptung, Barack Obama sei gar kein amerikanischer Staatsbürger.

In den ersten Tagen nach Trumps Wahl gingen beim Southern Poverty Law Center an die 260 Berichte über Hasskriminalität ein, und binnen zwei Wochen stieg diese Zahl auf über 700. Übergriffe gegen Einwanderer führen die Liste an, gefolgt von solchen gegen Schwarze.

Schon kurz nach dem Wahltag stellte Trump als Kandidaten für sein Kabinett eine Reihe von Personen vor, die enge Beziehungen zum amerikanischen Süden mit seinem *Jim-Crow*-Rassismus und der mit ihm verbundenen Bewegung des weißen Nationalismus unterhalten. Ohne übertreiben zu wollen, halte ich Trump für einen Typus, den wir seit George Wallace nicht mehr gekannt haben. Trumps Wahl in Verbindung mit der republikanischen Kontrolle sowohl der Legislative wie der judikativen Zweige der Bundesregierung und darüber hinaus einer großen Mehrheit der Einzelstaatsparlamente lässt es denkbar erscheinen, dass selbst in Zeiten, in denen die Weißen nicht mehr die Mehrheit der amerikanischen Bürger stellen, eine harte Rechte im Geiste des weißen Nationalismus vorherrschen könnte.

Welche Rolle haben der Rassismus und seine politische Instrumentalisierung gespielt? Ich möchte mich hier auf drei Faktoren konzentrieren: Rassenvorurteile, die Aushöhlung des Voting Rights Acts (also des Wahlrechtsgesetzes von 1965 zur Gleichbeteiligung der Minderheiten) und die mangelhafte Mobilisierung schwarzer Wählerinnen und Wähler durch die Demokratische Partei.

Beginnen wir mit der Zunahme rassistischer Ressentiments. Manche denken, wir sollten jetzt erst einmal über die weiße Arbeiterschaft nachdenken und besser mit ihr zusammenarbeiten, aber die weiße Arbeiterschaft war durchaus nicht das einzige weiße Wählersegment, das sich Trump zugewandt hat. Statt die Unterstützung für Trump an einem spezifischen Klassensegment der Weißen festzumachen, wäre es meiner Meinung nach sachgerechter, seinen Erfolg anders zu erklären. Ich denke, was ihm weiße Wähler zutrieb, war unabhängig von Klassenzugehörigkeiten und davon klar unterscheidbar eine spezifischeres Rassenvorurteil, gefördert durch eine Reihe politischer Entscheidungen sowohl der Republikanischen wie der Demokratischen Partei.

Über die neoliberale Wende gäbe es eine Menge zu sagen. Fest steht, dass diese Wende – welche die Einkommensungleichheit bei gleichzeitigem Abbau des Sozialstaats und der

Arbeitsschutzbestimmungen deutlich gesteigert hat – zum Teil „rassenpolitisch“ bedingt ist. Der Wohlfahrtsstaat verliert in dem Maße an Rückhalt, in dem die Empfänger von Sozialleistungen zunehmend als Leute dargestellt werden, die zumeist schwarz und zu Unrecht begünstigt seien. Und die Unterstützung für eine Kriminalitätsbekämpfung durch schärfere Strafen wächst, je mehr das Bild des Kriminellen durch Klischees von raubtierhaften schwarzen Tätern bestimmt wird.

Als *ground zero* der modernen Steuerrevolte kann die kalifornische „Proposition 13“ gelten, durch die 1978 eine Wählerinitiative mit großer Mehrheit erreichen konnte, dass die Vermögensbesteuerung hart gedeckelt und alle künftigen Steuererhöhungen an die Überwindung einer Zweidrittelmehrheits-Hürde gebunden wurden. Die besten Voraussagen des Ergebnisses stützten sich damals weder auf parteipolitische Präferenzen, noch auf die Identifikation konservativer Neigungen oder der Klassenzugehörigkeit. Als ausschlaggebend erwiesen sich Rassenvorurteile.

Und beide großen Parteien hatten solche Resentiments geschürt.

Uns allen ist mittlerweile die *southern strategy* Richard Nixons geläufig, mit der dieser die Südstaaten (und damit die Präsidentschaft) eroberte, indem er unterschwellig an die Rassenvorurteile weißer Wähler im Süden appellierte. Wir können auch auf Ronald Reagan verweisen, der seine Absicht, bei den Präsidentschaftswahlen 1980 zu kandidieren, in unmittelbarer Nachbarschaft von Philadelphia, Mississippi (wo in der Zeit der Bürgerrechtskämpfe einer der brutalsten Morde stattfand) verkündete und in seiner Agenda die Rechte der Einzelstaaten herausstellte. 1984 ließ die Demokratische Partei dann Walter Mondale gegen Reagan antreten, weil sie diesen angesichts der verheerenden Auswirkungen seiner Politik auf die weißen Arbeiter für angreifbar

hielt. Doch Reagan konnte Mondale vernichtend schlagen.

Statt zur Ergründung der Ursachen ihrer Niederlage nach Philadelphia, Mississippi, zu gehen, veranstaltete die Parteiführung der Demokraten, das DNC, im Macomb County, Michigan, eine Reihe von Gesprächsrunden mit weißen Wählern. Die Ergebnisse dieser *focus groups* waren unmissverständlich. Die befragten Weißen machten für fast alle Probleme, mit denen sie sich herumschlügen, Schwarze verantwortlich. Diese klauten ihnen, durch *Affirmative Action* begünstigt, die Jobs, lagen aber gleichzeitig auch auf der faulen Haut, auf Staatskosten versteht sich. Die so ermittelten Angaben düsteten ein solches Maß an Rassismus aus, dass das DNC sich genötigt sah, die Aufzeichnungen zu vernichten. Von ihrer Existenz wissen wir nur durch Mary D. Edsalls und Thomas E. Edsalls Buch „Chain Reaction: The Impact of Race, Rights, and Taxes on American Politics“.

Die Leute, die in diesen *focus groups* zu Wort kamen, kennen wir unter dem Etikett „Reagan-Demokraten“.

Der Teil der Bevölkerung, der zu Tausenden Trumps Wahlkundgebungen besuchte und ihn letztlich ins Amt katapultierte, besteht aus den geistigen Söhnen und Töchtern solcher Reagan-Demokraten. Wie ihre „Eltern“ haben sie eine unglaubliche Wut auf Schwarze und Latinos, die sich ihrer Meinung nach buchstäblich alles aneignen, was eigentlich Weißen zusteht. Anders als ihre Eltern hegen sie allerdings zunehmend auch Resentiments gegen das weiße Establishment in Politik und Wirtschaft, das ihnen, wie sie meinen, doch versprochen hatte, ihre harte Arbeit werde angemessen belohnt.

Ein Großteil der Verantwortung für das, was sie angerichtet haben, lastet auf den Republikanern. Aber auch die Demokratische Partei ist nicht schuldlos. Die Erkenntnisse ihrer *focus*

groups veranlassten eine Gruppe konservativer Demokraten, den Democratic Leadership Council zu gründen. Dessen politische Agenda zielte unter anderem auf die Privatisierung der *Social Security*; darauf, es Lohnabhängigen zu erschweren, sich zu organisieren; auf die Einstellung von Sozialleistungen und auf die Erleichterung grenzüberschreitender Kapitalbewegungen. Statt zu versuchen, den Reagan-Demokraten klar zu machen, dass ihre Lebensumstände mit denen ihrer schwarzen und braunen Brüder und Schwestern eng verknüpft sind, rückte die Demokratische Partei in der Hoffnung nach rechts, sie so wieder einfangen zu können. Sicher, man kann sagen, dass Obama sich im Laufe seiner acht Amtsjahre leicht linkswärts entwickelte und dass Hillary Clinton im Wahlkampf sogar noch weiter nach links rückte, doch diese Verschiebung erfolgte zumindest teilweise unter dem Druck sozialer Bewegungen wie einerseits *Occupy Wall Street* und *Black Lives Matter* andererseits.

Die Rhetorik, mit der Trump seine Wahlkündgebungen bestritt, und die mit seiner Kampagne verbündeten Organisationen des weißen Nationalismus und Rassismus setzten die entsprechenden Ressentiments durchgängig als Waffe ein.

Trump macht sich die rhetorischen Muster des weißen Nationalismus ausdrücklich zu eigen, um so Rassenvorurteile und nationalistische Bedrohungsängste zu schüren. Die Demokratische Partei zeigt sich unfähig, dem Einhalt zu gebieten, teilweise aufgrund eigener Mitverantwortung. Doch Trumps Sieg erklärt sich nicht einfach als Einstellungsfrage. Ja, es handelt sich nicht einmal allein darum, dass bestimmte Institutionen bestimmte Einstellungen schüren. Die demographische Entwicklung verläuft nicht schicksalhaft, gewiss, aber schließlich gibt es mittlerweile tatsächlich Minderheiten-Wähler in hinreichender Zahl, um rassistisch gesinnte Weiße überstimmen zu können.

Wir müssen also auch institutionelle Einschränkungen in Betracht ziehen. Der zweite wichtige Faktor ist nämlich die Aushöhlung des Wahlrechts.

Während Viele den *Civil Rights Act* von 1964 als bedeutsamstes Gesetz seiner Zeit ansehen, würde ich behaupten, dass der *Voting Rights Act* von 1965 (über den gleichberechtigten Zugang zu Wahlen) sogar noch wichtiger war, weil er die politische Macht der Schwarzen stärkte und schützte. Zur Beschneidung dieser Macht verlegte die Republikanische Partei sich in den letzten Jahrzehnten auf zweierlei Taktiken. Überall im Lande führte sie Gesetze ein, die es dem einzelnen Wähler erschweren, seine Stimme abzugeben. Die Vorschriften darüber, wie Wähler sich auszuweisen haben, wurden vermehrt, während man gleichzeitig die Zahl der Tage, an denen vorfristig gewählt werden darf (*early voting*), beträchtlich verminderte, desgleichen die Anzahl der Wahlkabinen und was dergleichen Einschränkungen mehr sind. Darüber hinaus haben die Republikaner bei Bundesgerichten und dem Obersten Gerichtshof der USA eine Reihe von Urteilen erwirkt, die gesetzgeberische Handlungsspielräume einschränken. So schlug der Supreme Court 2013 unter der Regie des Chief Justice John Roberts im Streitfall *Shelby County vs. Holder* Sektion 4 des *Voting Rights Act* nieder, deren Zweck darin besteht, US-Staaten mit einer langen Geschichte rassistischer Unterdrückung daran zu hindern, Wahlgesetze ohne Abstimmung mit der Bundesregierung zu verabschieden.

Unter dem Strich haben diese Taktiken verheerende Folgen gezeitigt. Reihenweise verabschiedeten Bundesstaaten unverzüglich Gesetze, die Wahlrechte einschränkten. Darüber hinaus gibt es Gesetze, die Straftäter hindern, an Wahlen teilzunehmen (was in Staaten wie Florida das schwarze Stimmpotenzial um mehrere Prozentpunkte reduziert). So schuf man Verhältnisse, unter denen Bevölkerungsgruppen, die möglicherweise zur Wahl gegangen

wären und für Clinton gestimmt hätten, durch künstliche Hindernisse davon abgehalten wurden. Zur Erläuterung seiner Entscheidung, das Wahlrechtsgesetz teilweise außer Kraft zu setzen, verkündete Richter Roberts, die Art von Rassismus, welcher der *Voting Rights Act* habe entgegenwirken sollen, gebe es in Wirklichkeit gar nicht mehr. Angesichts der Eile, mit der die Republikaner überall im Lande nicht nur entsprechend zugeschnittene Wahlrechtsänderungen durchpeitschten, sondern obendrein offen aussprachen, dass es ihnen dabei um die Schwächung des schwarzen Stimmpotenzials ging, verrät Roberts' Äußerung entweder blanke Unkenntnis oder die bewusste Inkaufnahme der Folgen.

Das Schüren rassistischer Ressentiments einer- und die Aushöhlung des Wahlrechtsgesetzes andererseits mögen unerlässliche Voraussetzungen für Trumps Sieg im Wahlmännerkollegium gewesen sein. Aber im Hinblick darauf, dass dieser Sieg nur Ausschnitt eines viel größeren Bildes ist – die Republikaner beherrschen jetzt eben nicht nur das Weiße Haus, sondern auch beide Kammern der Legislative, die Judikative und die große Mehrzahl der Länderparlamente, was vielleicht am bedeutsamsten ist – möchte ich behaupten, dass diese beiden Erscheinungen zwar notwendige, aber immer noch nicht hinreichende Voraussetzungen der Rechtswende sind.

Der dritte und letzte Faktor dieser Dynamik besteht (vereinfacht gesagt) darin, dass die Demokratische Partei nicht gewillt war, Strategien für eine „maximal erreichbare Beteiligung“, wie man sie nennen könnte, zu entwickeln, insbesondere im Hinblick auf schwarze Bevölkerungsgruppen. Der historische wie der zeitgenössische Rassismus haben, zusammengenommen, dazu geführt, dass Schwarze hochgradig segregiert leben – einerseits in Großstädten und andererseits in ländlichen Gegenden. Eine energisch verfolgte Strategie der Registrierung, Mobilisierung und Aktivierung schwarzer Wähler könnte

Möglichkeiten eröffnen, Wahlsiege sowohl auf lokaler wie auf der Länder- und der Bundesebene zu erzielen. So zu verfahren könnte zudem, wichtiger noch, die Demokratische Partei weiter nach links rücken lassen. Auf diese Weise wären der Senat und eine Reihe von Gouverneursposten zu erobern, und zugleich könnten zumindest in einigen Länderparlamenten die Mehrheitsverhältnisse kippen.

Warum ist es nicht dazu gekommen? Nun, während die Wähler aus der schwarzen Arbeiterschaft durchgängig fortschrittlich votierten, haben die Stimmen der weißen Arbeiter Jahrzehnte hindurch rückschrittliche Kräfte gestärkt.

Der Demokratischen Partei ist mittlerweile aufgegangen, dass sie schwarze Wähler braucht, um die Präsidentschaft erringen zu können. Im Ergebnis hat sie viel Mühe darauf verwendet, alle vier Jahre schwarze Wähler für die Präsidentschaftswahlen zu registrieren und zu mobilisieren. Die meisten Städte mit hohem schwarzen Bevölkerungsanteil sträuben sich allerdings dagegen, sich um dauerhafte Registrierung, Aufklärung und Mobilisierung dieses Teils der Wählerschaft zu kümmern, teilweise deshalb, weil die neoliberale Wende die Bereitschaft und Fähigkeit städtischer Bürgermeister, Dienstleistungen für diese Bevölkerungsgruppe zu erbringen, erheblich reduziert hat. Um es ganz unverblümt zu sagen: Die Demokratische Partei interessiert sich nur dann für schwarze Wähler, wenn es um die Präsidentschaft geht, ansonsten aber so gut wie gar nicht. Denn schließlich könnte die schwarze Bevölkerung selbst darauf kommen, öffentliche Dienstleistungen zu verlangen, die zu erbringen der Bürgermeister durchaus nicht vorhat.

Sicherlich gibt es noch weitere Faktoren, deren Einfluss auf Trumps Wahl und seine Präsidentschaft zu untersuchen wäre. So ist von Anhaltspunkten dafür die Rede, dass das FBI und die russische Regierung Anteil an der Schaffung der Bedingungen hatten, die Trumps Sieg im

Wahlmännerkollegium ermöglichen. Davon abgesehen sprechen das Brexit-Votum und die fortschreitende Stärkung stramm rechter Parteien weißer Nationalisten in Ländern wie etwa Frankreich dafür, dass wir es nicht mit einem rein amerikanischen Phänomen zu tun haben. Doch wenn wir nach vorn schauen und uns intensiver mit *racial politics* im amerikanischen Kontext befassen, müssen wir meines Erach-

tens zunächst die Rolle weißer Rassenvorurteile und der Institutionen, die diese schüren, klar machen: Im Zentrum stehen dabei die Aushöhlung des *Voting Rights Act* und die Demobilisierung schwarzer Wählerinnen und Wähler.

Lester K. Spence ist Associate Professor für Politikwissenschaft und Afrikastudien an der John Hopkins University.

Über Frauenfeindlichkeit und Elitefeminismus

Von Liza Featherstone

„Donald Trump wird hierher kommen und euch alle töten“. Wütend und in hämischem Tonfall konfrontierte ein Lastwagenfahrer vorige Woche eine meiner Freundinnen mit dieser Aussicht. Auf dem Parkplatz eines Supermarkts in Gowanus (Brooklyn) war er aus seinem Truck gestiegen und hatte sich drohend vor ihr aufgebaut. Viele Frauen berichten von ähnlichen Vorfällen: Wie sie aus heiterem Himmel zur Zielscheibe sexistischer, politisch motivierter Attacken wurden. Manche Männer griffen Frauen, die sich bestürzt über den Wahlausgang äußerten, sogar physisch an.

Es sieht so aus, als sei die Jagd auf Frauen eröffnet. Da prahlt ein Mann, sich an Frauen vergriffen zu haben, und erhält zur Belohnung das höchste Amt des Landes, was allerorten Frauenhasser ermuntert. Wie konnte es dazu kommen?

Kein Zweifel: Einige der schrillsten Trump-Anhänger brachte die Vorstellung eines weiblichen Präsidenten in Rage. Auf Trumps Kundgebungen sah man Buttons und T-Shirts gegen Clinton mit der Aufschrift *bitch*, Schlampe. Noch abstoßender waren Slogans mit dem Wunsch, sie als Opfer sexistischer Gewalt zu sehen – wie etwa das vom „New York“-Magazin fotografierte

T-Shirt eines Mannes, auf dem zu lesen stand: „Ich wünschte, Hillary hätte O.J. geheiratet.“

Das Hillary verfallene feministische Kommentariat neigte dazu, vor allem Frauenfeindlichkeit für das Wahlergebnis verantwortlich zu machen. Die feministische Schriftstellerin Amanda Marcotte twitterte in der Wahlnacht, als sich Trumps Überraschungssieg abzeichnete: „Männer hassen euch.“ Tags darauf stellte sie klar: „41% der Männer hassen euch nicht“ (mit diesem Prozentsatz hatten männliche Wähler sich für Clinton entschieden), „aber der Rest hasst euch.“

Sicherlich hat die Vorstellung einer Frau im Präsidentenamts manche Männer aufgebracht. Und Trump war der ideale Kandidat dafür, sexistische Stimmungen zu instrumentalisieren. Und natürlich ist es grotesk, dass Trumps Frauenverachtung den Kandidaten für so viele Wählerinnen und Wähler nicht unmöglich machte. Aber das Wahlergebnis ist gewiss kein Mandat für Misogynie: Schließlich entfiel die Mehrheit der Wählerstimmen auf eine Frau. Hätte männliche Solidarität mit einem Frauenverächter oder auch nur sonderliche Sympathie für den Mann Trump eine wesentliche Rolle gespielt, so müsste ihm die Mobilisierung der Parteibasis

gelingen sein. Es kam aber durchaus nicht zu einer Flutwelle republikanischer Wähler: Trump brachte den Republikanern heuer sogar weniger Stimmen ein als 2012 der absolut farblose Präsidentschaftskandidat Mitt Romney.

Clinton hat ganz einfach nicht genügend Leute – insbesondere Frauen – inspiriert, wählen zu gehen und für sie zu votieren. Obama konnte 2008 mehr Frauenstimmen gewinnen – egal ob schwarz, Latina odere weiß – als jetzt Hillary Clinton.

Zum Teil bestand das Problem darin, dass Clintons Kampagne versuchte, Frauen so anzusprechen, als wären sie eine einheitliche Gruppe, was wir aber in Wahrheit nie waren. Einer ihrer Wahlkampflogans – #ImWithHer – war so langweilig, dass es schon weh tat, und brachte passenderweise zum Ausdruck, dass die Kampagne sich in erster Linie um die Person der Kandidatin und ihr Geschlecht drehte, statt eine Vision für die ganze Gesellschaft zu bieten – ja nicht einmal für uns Frauen. Clinton verkündete unermüdlich, ihre Präsidentschaft werde kleinen Mädchen demonstrieren, dass ihnen später im Leben alle Türen offen stünden.

Dieses Pochen auf eine imaginäre weibliche Einheitsfront, das manchmal schlichte Ahnungslosigkeit über die zahlreichen Gegensätze unter Frauen verriet, schlug gelegentlich in schiere Gehässigkeit um. Während der Vorwahlen sprachen manche ihrer Schwestern im Geiste andersdenkenden Frauen, die nicht zu Clinton hielten, rigoros die korrekt feministische Gesinnung ab. Madeleine Albright, die Ex-Außenministerin, verstieg sich sogar zu der Drohung, auf Frauen, die andere Frauen im Stich ließen, warte ein „spezieller Platz in der Hölle“. (Als Außenministerin hatte sie 1996, von Leslie Stahl in der Sendung „60 Minutes“ auf die halbe Million Kinder angesprochen, die infolge der US-Sanktionen gegen den Irak zu Tode kamen, geantwortet: „Wir meinen, das war die Sache wert.“ Man kann es Albright

insofern nachfühlen, dass sie sich Gedanken über reservierte Plätze in der Hölle macht...) Noch lächerlicher machte sich die allbekannte Altfeministin Gloria Steinem mit der Mutmaßung, junge Frauen stellten sich deshalb nicht hinter Clinton, weil sie lieber dorthin wollten, „wo die Jungs sind“.

Clintons Wahlkampf schwelgte regelrecht darin, Opponenten – imaginären oder tatsächlichen – Frauenfeindlichkeit vorzuwerfen. Anfangs gab es viel Lärm um die „Bernie Bros“, eine Spezies sexistischer Männer, die sich im Internet herumtrieben und für Bernie Sanders warben – Gegenstand so mancher tiefeschürfenden Betrachtung Clinton-freundlicher Journalisten. Vor allem gab es natürlich Trump selbst, mit seinen sexistischen Bemerkungen über Megyn Kellys Periode („bleeding from her wherever“) und seiner Prahlerei in Sachen „pussy-grabbing“, des In-den-Schritt-Greifens. Sowas war natürlich speziell für Karrierefrauen aus der gehobenen Mittelschicht ein gefundenes Fressen. Die meisten hätten so oder so Clinton gewählt, aber die setzte in ihrer Kampagne auf Anhängerinnen der Republikaner, die Trump so ekelhaft fänden, dass sie diesmal ganz gegen ihre Gewohnheit votieren könnten. Doch daraus wurde nichts. Stattdessen wandten sich traditionelle Wählerinnen und Wähler der Demokraten und Unabhängige von Clinton ab, weil sie es versäumte, die Probleme der Arbeitnehmer angemessen zu thematisieren.

Diese Fehlkalkulation war charakteristisch für Clinton, weil ihre Version des Feminismus durch und durch elitär ist. Frauen aus der Arbeiterschaft war völlig klar, dass bei allen „listening tours“ der Kandidatin von Zuhören ernstlich nur die Rede sein konnte, wenn sie sich mit ihren Nobelspendern unterhielt, in den Living Rooms der Hamptons und von Beverly Hills oder in den F&A-Runden nach ihren 250 000 Dollar-Vorträgen bei Goldman Sachs. Im Herbst 2016 verbrachte sie den größten Teil ihrer Zeit mit den Superreichen.

Es wäre falsch, den Trump-Wählern in dieser Hinsicht eine besondere Sensibilität zuzuschreiben, denn viele von ihnen wählen gewohnheitsmäßig Republikaner. Ebenso wenig sollten wir ihnen eine besondere Nähe zur Arbeiterschaft unterstellen, denn im Schnitt verdienen sie mehr als die Leute, die für Clinton stimmten. Clinton hatte unter anderem dem Aufsichtsrat von Walmart angehört, einer Firma, deren gewaltige Profite auf der Ausbeutung schlecht bezahlter Frauen beruhen und die das umfangreichste Verfahren der Geschichte gegen Geschlechterdiskriminierung auf sich zog. Ich bezweifle allerdings, dass viele Trump-Wählerinnen das wussten. Sehr wohl kannten viele hingegen – ob sie nun für Trump stimmten oder, wahrscheinlicher, zu Hause blieben –, Clinton seit langem als integralen Bestandteil des Systems, das sie ihm Stich gelassen hatte.

Doch deren Wahlkampf zeichnete sich durch Schwerhörigkeit aus. Clinton tat nicht einmal so, als wolle sie solche Klassenspaltungen überwinden. Es gab kaum Vorschläge zur Verbesserung der Lebensumstände normaler Frauen. Sie mied sozialdemokratische Töne, obwohl diese während der Vorwahlen bei ländlichen Wählern in Schlüsselstaaten offenkundig gut ankamen. Auf Bernie Sanders' Forderungen nach Sozialleistungen für alle reagierte sie mit dem Klasseninstinkt des überzeugten *one-percenters* – einer Angehörigen des obersten Hundertstels der Einkommenspyramide. „Never ever“ – nie, nie würde sie einer für alle verbindlichen öffentlichen Krankenversicherung zustimmen, verkündete sie leidenschaftlich. Dabei nützt ein solches System allen, insbesondere uns Frauen, denn unsere Gesundheitskosten sind höher und können uns eher in die Zahlungsunfähigkeit treiben. Zwar vertrat sie im Wahlkampf eigene (stets bedarfsabhängige) Förderungsvorschläge – kostenlose Studienplätze für Ausgewählte, höhere Steuervergünstigungen für Kinderbetreuung und dergleichen – doch hat sie zu keinem Zeitpunkt Zweifel an ihrer negativen Ein-

stellung zur Ausweitung staatlicher Sozialleistungen aufkommen lassen. Bei einem privaten Fundraiser-Treff im Februar machte Clinton sich über Sanders' Eintreten für „kostenlose Krankenversicherung, kostenloses Studium“ lustig. „Leere Versprechungen“ seien das. Seine Anhänger wüssten gar nicht, „was das heißt, sind aber zutiefst davon überzeugt“, meinte sie herablassend.

Auch im eigentlichen Wahlkampf blieb sie weiter ungeschminkt so, wie sie eben ist: ichbezogen und elitär. So tat sie große Teile der Bevölkerung als „deplorables“ ab, als erbärmlich und bedauernswert. Wisconsin war ihr nicht einmal einen Auftritt wert. Unter Gewerkschaftsmitgliedern fand sie verglichen mit früheren Kandidaten der Demokratischen Partei weniger Zustimmung, Exit Polls zufolge deutlich weniger als Obama 2008. Aus den Reihen superreicher Berühmtheiten – insbesondere weiblicher – gab es eine Unterstützungserklärung nach der anderen, aber einen Gender-Bonus genoss Hillary am Ende nur noch unter Frauen mit College-Abschluss. Unter weißen Frauen ohne akademische Grade lag Clinton um 28 Prozentpunkte hinter Trump. Man könnte fast glauben, Kellnerinnen in Ohio beispielsweise hätten sich gar nicht dafür interessiert, dass „Vogue“-Chefin Anna Wintour *#WithHer* war.

Im Gegensatz dazu sprach Trump viele arbeitende Menschen auf dem platten Land an, vor allem Weiße, und *ihre* Wirklichkeit – ihre Wahrnehmung, dass Freihandels-Deals ihre lokale Ökonomie ruiniert hatten; die Flucht in Betäubungsmittel aller Art, die ihr Gemeinschaftsleben verwüstete; ihre Verbitterung über die Wirtschaftseliten und ihre Vertreter, wie eben Hillary Clinton. Er versprach, Arbeitsplätze zu schaffen, unsere verrottende Infrastruktur wieder aufzubauen und die Kriege in aller Welt zu beenden, die über die ländlichen Arbeiter- und Mittelschichtfamilien so viel Leid und Not gebracht haben. Gleichzeitig appellierte er mit seinen Tiraden gegen muslimische und mexikanische

Immigranten an den hässlichen, rohen Rassismus, der durch solche wirtschaftlichen Ressentiments verstärkt wird und seit eh und je zum amerikanischen Alltag gehört. Viele seiner Anhänger teilten nicht alle seiner rassistischen und sexistischen Attitüden – so etwa jene Mehrheit der Trump-Wähler, die sich für die Einbürgerung der gegenwärtig „illegal“ im Lande lebenden Einwanderer aussprach. Aber manche fanden die vulgäre Art, in der Trump über Frauen und Minderheiten sprach, erfrischend – als Anzeichen dafür, dass er eben so spricht, wie er denkt: unbekümmert um die Normen der oberen Mittelschicht und eine politische Medienkultur endloser Meinungsmache und Müllproduktion. Gleichzeitig schnürte er das übliche Paket aus Steuersenkungsversprechen und Anti-Abtreibungsparolen, dass Republikaner üblicherweise in die Wahllokale lockt. Aus diesem oder jenem Grunde waren weiße Frauen, die bei den letzten vier Wahlen ohnehin mehrheitlich Republikaner gewählt haben, bereit, über Trumps Misogynie hinwegzusehen.

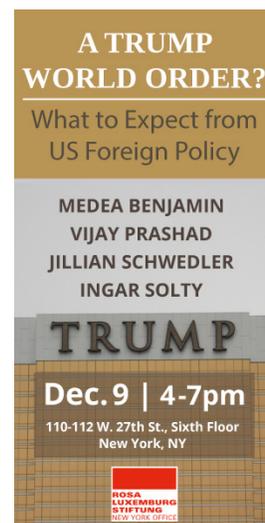
Dem Feminismus eröffnet sich jetzt die Chance, über den *go-girlism* im Stil von Sheryl Sandbergs „Lean In“ hinauszukommen.² Linke Feministinnen müssen für den Schutz der Frauenrechte unter einer Trump/Pence-Administration aktiv werden und werben. Wir sollten uns zusammen tun, um Einwandererrechte und religiöse Freiheiten zu verteidigen und den zu erwartenden Angriff auf Abtreibungsrechte rechtzeitig abzufangen. Und es gilt sowohl auf einzelstaatlicher wie lokaler Ebene ökologische Schlachten zu schlagen, weil auf Bundesebene unter einem Regime, das die Klimakrise leugnet, nichts Gutes zu erwarten steht. Wir müssen die Institutionen der Linken stärken: an unseren Arbeitsplätzen gewerkschaftlich aktiv werden und Mitglieder werben, unabhängigen Linksparteien beitreten, progressive Kandidaten für lokale und einzel-

staatliche Wahlämter aufstellen und unterstützen, linke Medien produzieren und verbreiten. Ganz besonderes engagieren sollten wir uns für bereits bestehende feministische Ansätze, sich auf die materielle Lebenswirklichkeit arbeitender Frauen zu konzentrieren. Ich denke an lokale und einzelstaatliche Kampagnen für Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Familienurlaubstage, für eine öffentliche Krankenversicherung für alle oder – jetzt erst recht – für den 15-Dollar-Mindestlohn.

Wir Feministinnen müssen Trump bekämpfen – seinen brachialen Sexismus und Rassismus sowie, was vielleicht am dringlichsten ist, seine Fremdenfeindlichkeit und religiöse Intoleranz. Doch das geht nicht unter der Führung von Leuten, die im Zweifel den Umgang mit Milliardären dem Einsatz für einfache Frauen vorziehen. Ein Feminismus, der darin schwelgt, sich mit Leuten wie Clinton zu identifizieren – und sich selbst jetzt noch in Gruppen organisiert, die „*Hosenanzugs-Nation*“ oder ähnlich heißen – ist keiner, der für die mehrheitlichen Interessen der Frauen zu kämpfen vermag. Diese Art Feminismus kann nicht siegen.

Liza Featherstone ist Herausgeberin des (bei Verso Books erschienenen) Buches „False Choices: The Faux Feminism of Hillary Rodham Clinton“.

² Sandberg veröffentlichte als Chief Operating Officer von Facebook 2013 ein Buch dieses Titels, deutsch erschienen als „Lean In: Frauen und der Wille zum Erfolg“. – D. Übs.



Die heimliche Identität der Linken

Von Ethan Young

Sämtlichen politischen Identitäten ergeht es seit dieser Wahl so, als habe man sie in einen Whirlpool geworfen, doch ganz besonders gilt das für die Linke. Ihr fehlt, trotz des meteorhaften Aufstiegs von Bernie Sanders, jedes erkennbare Zentrum. Sie tritt innerhalb der Demokratischen Partei und in deren Umfeld in Erscheinung, jedoch in unverbundener und isolierter, allenfalls zerstreute Fragmente der Bevölkerung repräsentierender Form. Dabei sind diese Fragmente nicht nur untereinander unverbunden. Der Befund gilt auch für ihr Verhältnis zur vorigen Generation der Linken, die ihrerseits keine Verbindung mehr zu ihren Vorläufern hat.

Die Geschichte ist ungnädig mit der amerikanischen Linken verfahren. Vor hundert Jahren litt die Bewegung unter „Kinderkrankheiten“, einer Unfähigkeit, Rückschläge als das zu erkennen, was sie waren – Beschwerden nach Art der Koliken, die Babies plagten. Bleibt man bei dem Vergleich, so leidet die heutige Linke unter DIS, Dissoziativer Identitätsstörung, oder Selbstverstümmelung durch Persönlichkeitsspaltung. Dabei müsste sie sich derzeit mehr denn je ganz auf die Politik konzentrieren.

Wer sich allerdings politisch nur für die Selbsterhaltung interessiert, der beargwöhnt alle anderen. Und Menschen, deren Radikalisierung allein auf der Entdeckung beruht, dass dem Fortkommen ihres Bevölkerungssegments enge Grenzen gesetzt sind, erwarten dann erst einmal, dass alle anderen sich ihrem Kampf anschließen. Beschwerden und berechnete Forderungen mutieren so leicht zu Moraltests. Zum eigenen Schutz bilden solche Leute Subkulturen, die sich immer mehr abkapseln und selbstreferenziell werden – und selbstgerecht in ihrem Verhalten gegenüber dem Rest der

Gesellschaft. Politik wird Vereinsregeln untergeordnet. Wortwahl und Umgangsformen werden wichtiger als die Ausarbeitung praktikabler Strategien und organisatorische Fähigkeiten. Da formieren sich dann Wagenburgen zur Abwehr von Regelverstößen, die als Frontalangriff oder, besser gesagt, als Sündenfall interpretiert werden. Aus einer Kultur der Anprangerung und selbstgesuchter Marginalisierung erwächst die „heimliche Identität“ der Linken, die – als eine Art Selbstmordkommando – nur die eigene Machtlosigkeit reproduziert.

Seit der Trump-Wahl erhitzt eine Sicherheitsnadel-Kontroverse die Gemüter, die veranschaulichen kann, worum es mir hier zu tun ist. Nach der Wahl zirkulierte in den Sozialen Medien angesichts einer starken Zunahme der Hasskriminalität sowie rassistischer und sexueller Belästigungen der Vorschlag, als Zeichen der Bereitschaft, in kritischen Situationen helfend einzugreifen, eine Sicherheitsnadel an der Kleidung zu tragen. Während zumeist weiße, zumeist jüngere Linksliberale und Linke den Vorschlag aufgriffen, formierte sich online eine Gegenkampagne. Wozu taugt um Himmels willen eine Sicherheitsnadel? Was nützt sie, wenn ein rassistischer Demagoge das Land übernimmt? Ein Mann, dessen Anhänger vor Erbitterung kochen und sich jetzt ausdrücklich – überdeutlich – ermächtigt fühlen, Anderen Leid zuzufügen? Hilft es da, eine Sicherheitsnadel anzustecken, oder ist das nichts weiter als ein Versuch, sich über die verlorene Wahl hinwegzutrusten?

Ironischerweise haben beide Seiten Argumente, die nicht ganz falsch sind. Aber die Debatte wird keinen versöhnlichen Ausgang nehmen, und die Sicherheitsnadel dürfte ebenso verschwinden wie New Coke, Pet Rocks (Haustiersteine) und andere vergängliche Sensationen.

Doch noch hält sie an, und keine Seite scheint zu begreifen, dass sie nichts bewirkt und nichts zur Erhellung der Machtverhältnisse beiträgt, die das Problem eines gewalttätigen Backlashs überhaupt erst produziert haben.

Das ist nichts Neues. Es charakterisiert die Linke seit Jahrzehnten. Es handelt sich nicht eigentlich um Sektierertum – jenes Übel, das junge Gruppierungen, wenn sie die Revolution neu zu erfinden versuchen, periodisch (1919, in den 1930ern, 1968) befällt. Wir haben es eher mit einem kulturellen Phänomen zu tun, das mit dem Bestreben frisch radikalisierte, politisch heimatloser Individuen zusammenhängt, festen Boden unter die Füße zu bekommen. Und wer hielte sich – individuell oder sozial – nicht gerne auf sicherem Terrain auf? Wer wünschte sich nicht, es nur mit Menschen zu tun zu haben, die einem aufgeschlossen, verständnisvoll begegnen? Wir alle möchten verstanden werden und unserer Umwelt sicher sein können. Das ist die ganz und gar nachvollziehbare anfängliche Reaktion auf Unterdrückung, Entfremdung und andere unerträgliche Lebensumstände, die uns quälen. Es ist einer der Gründe dafür, dass es Religionen gibt.

Problematisch wird die Sache, wenn es diese Suche nach einer Insel der Solidarität und der Sicherheit ist, die das eigentliche Wesen der Linken ausmacht. Der Linken fehlt heute die „Vision“. Obwohl die meisten sich als Sozialisten verstehen, weiß man kaum etwas über Geschichte oder Theorie des Sozialismus. Es fehlt an koordinierter Organisation. Es gibt keine amerikaweite Gruppierung mit Massenbasis, auch wenn ein paar durchaus mitgliederstarke Linksgruppen und Gewerkschaften existieren, die in spezifischen Wählergruppen Gehör finden. Ebenso wenig gibt es ein zentrales Medium, das die Auffassungen der verstreuten Protest- und Organisationsansätze öffentlich verbreitet oder zur Diskussion stellt. Und im Schulunterricht lernen die jungen Menschen nicht, die Gesellschaft als Gegenstand kollekti-

ven Handelns zu begreifen, eher im Gegenteil. Dort werden sie darauf zugerichtet, sich in eine feststehende Hierarchie von Besitz und Dienstbarkeit einzufügen.

Es sind diese Umstände, die radikale Geister oft eher Trost suchen als nach Machtgewinn streben lassen. Sie verschanzen sich in ihrer jeweiligen Nische, trösten einander als Gleichgesinnte und machen Kritiker fertig. Sie rühmen sich ihrer moralischen Überlegenheit über die Herrschenden und erheben sich im Geiste sogar über die Beherrschten. So schaffen sie ein Milieu, in dem statt der Orientierung auf politische Massenmobilisierung (in der Größenordnung nicht von Tausenden, sondern Millionen) als Motor gesellschaftlicher Veränderung die Affinität kleiner Zirkel gepflegt wird.

Nach der Protestwelle der späten Obama-Jahre, der Sanders-Kampagne, aber auch dem *Post-Primary*-Schlamassel, der in Trumps Sieg resultierte, zeichnet sich jetzt eine Neuorientierung ab. Der Schock des 8. November hat als Reaktion das Verlangen nach linker Politik gesteigert, und viele Neukonvertierte suchen nach Wegweisung und Schulung. Aber schlechte Gewohnheiten wie moralisierendes Auftrumpfen, romantische Verklärung des „Kampfes“ an sich und sektiererisches Gehabe sind langlebig. Der Linken mangelt es nicht an Leidenschaft, aber an einer kohärenten Organisations- und Mobilisierungsstrategie wie auch an einer sachgerechten Analyse des gesellschaftlichen Machtgefälles zwischen „Oben“ und „Unten“. Das vorherrschende Verständnis des Begriffs „Klasse“ verortet diesen in einer Gemengelage aus vielfältigen Ungerechtigkeiten, statt ihn als strukturelle Grundkategorie einer jeden kapitalistischen Gesellschaft zu begreifen.

In mancher Hinsicht lässt das Problem sich auf eine Abkehr von der Geschichte zurückführen, auf einige Erweckungserlebnisse der Cultural Studies: Unterdrückungshierarchien, Fetischisierung von Klassen-, Rassen- und Ge-

schlechtszugehörigkeiten sowie ideologischen „Identitäten“, so, als seien diese aus sich heraus schon politisch; und die Fixierung auf akademische Sandkastengefechte, jenseits der Lebenswirklichkeit außerhalb des Campus und von der gewöhnlichen Politik abgehoben.

Der Aufstieg der äußersten Rechten mit ihren Appellen an Fremdenfeindlichkeit und tief verwurzelte Machtverhältnisse zwischen „Rassen“ und Geschlechtern, begünstigt durch die wirtschaftliche Verunsicherung, kann als eine Widerspiegelung der linken Unfähigkeit verstanden werden, sich als politische Kraft zu formieren.

Die Probleme sind weder einfach, noch leicht zu lösen. Es gibt Anforderungen, denen sich jeder Teil der Linken – im weitesten Sinne – stellen muss, und zugleich kommt es darauf an, dass jede dieser Komponenten von den anderen angehört und verstanden wird. Es wird nicht möglich sein, die Rechte zu isolieren, ohne sich offen mit dem Wiederaufleben weißer Überlegenheitsansprüche auf allen Ebenen der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Andererseits wird nirgendwo in der breiteren Öffentlichkeit Gehör finden, wer nicht zugeben will, dass die bisherigen Regierungen es versäumt haben, die Bedürfnisse arbeitender Menschen über die Gewinninteressen der Konzerne zu stellen.

Die üblichen Parteigründungsformeln pflegen, ob sie nun dem Kadermodell folgen oder dezentrale Mehrzweckkampagnen verabsolutieren, letztlich in Sektierertum oder Frustration zu enden. Eine Partei mit der Perspektive, tatsächliche Machtpositionen zu erringen, erwächst nicht daraus, dass eine kleine Gruppe ein Bäumchen pflanzt, und ebenso wenig aus einer mehr oder weniger willkürlichen Auflistung von Forderungen und Zustimmungserklärungen.

Welche Gestalt eine landesweite Opposition realiter annehmen wird, dürfte eher davon abhängen,

ob und wie die Aktivisten sozialer Bewegungen sich in den politischen Prozess einschalten, indem sie existierende Institutionen nutzen und dabei gleichzeitig neue, eigenständige Projekte entwickeln, womit sie die Grenzen des Machbaren und Akzeptablen austesten können.

Das ist viel verlangt. Aber zu schaffen. In der Praxis der Linken dominieren bisher Widerstandsappelle und Mobilisierungskampagnen in unseren jeweiligen, weitgehend isolierten Nischen und Winkeln. Unter solchen Umständen blüht und gedeiht die heimliche linke Identität. Wir müssen uns aber viel stärker darauf konzentrieren, die Machtlosen zu organisieren und dabei Analyse und Strategieentwicklung als demokratische Praxis einzuüben. Es wird darauf ankommen, dass Organizer, Taktiker und Anführer sich in Konvergenz und Koordination über die gemeinschaftlich einzuschlagende Richtung verständigen.

Statt uns zu verzetteln, in unkoordinierte Kreuzzüge zu stürzen oder Märtyrer zu produzieren sollten wir – mit den Augen des 21. Jahrhunderts – die stärkste Waffe gegen den Kapitalismus wiederentdecken, die im vergangenen Jahrhundert geschmiedet wurde: die Einheitsfront. Gemeinsam an der Defragmentierung und Refokussierung der politischen Linken innerhalb der sozialen Bewegungen und in ihrem Umfeld zu arbeiten, und dies in gegenseitigem Respekt und im gemeinsamen Bewusstsein, wie viel auf dem Spiel steht, zu tun – das ist es, was ich meine. Die strategische Herausforderung setzt jetzt drei Schwerpunkte: Stabilisierung und Stärkung der politischen Linken; Eindämmung der Rechtsentwicklung; Isolierung und Bekämpfung der extremen Rechten – in dieser Reihenfolge. Als breite Einheitsfront, aber weder monolithisch noch mechanisch im Denken und Handeln.

Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten verschafft dem Opportunismus großen Spielraum, aber den Weg zur Entmachtung der

Plutokratie bewältigt man nur, indem man ihn tatsächlich beschreitet – durch demokratische Praxis und demokratische Ermächtigung. Nicht etwa als Rückweg in ein vermeintlich goldenes Zeitalter, sondern als Negation eines gescheiterten Systems.

Wie lautet der Wappenspruch der Vereinigten Staaten? „E pluribus unum“ – Einheit aus, Einheit durch Vielfalt.

Ethan Young lebt als Autor in Brooklyn und engagiert sich im New Yorker „Left Labor Project“.

Weitere Publikationen zum Thema

Der Anfang Vom Ende?

Demokraten, Republikaner und die Krise der US-Politik
Von John Nichols- Oktober 2016

Bernie Sanders' Sozialistisches Amerika

Von Ethan Earle - Januar 2016

Risse im Beton

Linke Wahlerfolge in den Vereinigten Staaten
Von Ethan Young - November 2015

Die Aushöhlung der amerikanischen Demokratie

Wie der Bedeutungsverlust der Wahlen Ungleichheit und Ungerechtigkeit befördert
Von John Nichols - April 2014

WELTWEITES NETZWERK DER RLS-AUSLANDSBÜROS



NORDAMERIKA & VEREINTE NATIONEN

New York/USA
Leitung: Dr. Stefanie Ehmsen und
Dr. Albert Scharenberg
Website: www.rosalux-nyc.org

MEXIKO, ZENTRALAMERIKA UND KUBA

Mexiko-Stadt/Mexiko
Leitung: Torge Löding
Website: www.rosalux.org.mx

ANDENLÄNDER

Quito/Ecuador
Leitung: Dr. Karin Gabbert
Website: www.rosalux.org.ec

BRASILIEN UND CONO SUR

São Paulo/Brasilien
Leitung: Gerhard Dilger
Website: rosaluxspba.org

PALÄSTINA

Ramallah
Leitung: Ute Beuck
Website: www.rosaluxemburg.ps

ISRAEL

Tel Aviv
Leitung: Tsafir Cohen
Website: www.rosalux.co.il

HAUPTSITZ

Berlin/Deutschland
Vorsitzender: Dr. Dagmar Enkelmann
Geschäftsführer: Dr. Florian Weis
Website: www.rosalux.de

NORDAFRIKA

Tunis/Tunesien
Leitung: Peter Schäfer
E-Mail: pschaefer@rosalux.de

WESTAFRIKA

Dakar/Senegal
Leitung: Dr. Armin Osmanovic
Website: www.rosalux.sn

OSTAFRIKA

Daressalam/Tansania
Leitung: Dorothee Braun
Website: www.rosalux.co.tz

SÜDLICHES AFRIKA Johannesburg/

Südafrika
Leitung: Jörn-Jan Leidecker
Website: www.rosalux.co.za

OSTASIEN

Peking/China
Leitung: Dr. Lutz Pohle
E-Mail: pohle@rosalux.cn

EUROPÄISCHE UNION

Brüssel/Belgien
Leitung: Martin Schirdewan und
Dr. Claus-Dieter König
Website: www.rosalux-europa.info

OSTMITTELEUROPA

Warschau/Polen
Leitung: Dr. Joanna Gwiazdecka
Website: www.rls.pl

SÜDOSTEUROPA

Belgrad/Serbien
Leitung: Dr. Boris Kanzleiter
Website: www.rosalux.rs

RUSSLAND, ZENTRALASIEN & KAVKASUS

Moskau/Russland
Leitung: Kerstin Kaiser
Website: www.rosalux.ru

SÜDOSTASIEN

Hanoi/Vietnam
Leitung: Liliane Danso-Dahmen
Website: www.rosalux.vn

SÜDASIEN

Neu-Delhi/Indien
Leitung: Stefan Mentschel
Website: www.rls-sea.de



Facebook: [rosaluxnyc](https://www.facebook.com/rosaluxnyc)
Twitter: [@rosaluxnyc](https://twitter.com/rosaluxnyc)
Instagram: [rosaluxnyc](https://www.instagram.com/rosaluxnyc)

www.rosalux-nyc.org